



# „Ohne Freihandel droht Schrebergartenwirtschaft“

Der ehemalige SPÖ-Vizekanzler Hannes Androsch redet seiner Partei ins Gewissen: Die Ablehnung von Freihandelsabkommen führe zu Abschottung und wirtschaftlichem Abstieg.

**WIEN.** „Mit Kukuruz, Erdäpfeln und Kraut werden wir in der modernen Wirtschaftswelt nicht bestehen“, spitzt der frühere rote Spitzenpolitiker Hannes Androsch seine Kritik an der SPÖ im SN-Interview zu.

Der Auslöser: Die SPÖ-Spitze lehnt das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) in der aktuellen Form ab – und hat damit

sehr viele SPÖ-Mitglieder hinter sich. Das hat zumindest eine Onlinebefragung im Auftrag von SPÖ-Chef Christian Kern ergeben. Daran nahmen zwar nur 7,5 Prozent aller Parteimitglieder teil, die waren dafür zu 90 Prozent gegen CETA.

Bei der SPÖ spricht man von einem „Stimmungsbild“ und setzt auf Nachverhandlungen. Für Androsch

hingegen ist das Abkommen „fix und fertig, das können wir nicht neu verhandeln und nicht verhindern und wir sollen das im eigenen Interesse auch gar nicht“, betont er. Denn: „Ohne Freihandel droht Schrebergartenwirtschaft.“

Für Androsch hat man es verabsäumt, „die Menschen zu informieren. Das führt natürlich zu Verunsicherung und der Angstmacherei ist

Tür und Tor geöffnet.“

Die Debatte über CETA verschärft auch den Konflikt innerhalb der Koalition, denn die ÖVP ist für CETA. Wie eine Lösung aussehen kann, ist offen. Fest steht, dass die Zeit für eine Einigung drängt: Der Handelspakt soll Ende Oktober offiziell besiegelt werden. **Seite 3**

# Warum CETA trotzdem kommt

90 Prozent gegen Freihandel mit Kanada: Wie geht es nach der SPÖ-Mitgliederbefragung weiter? Und worauf einigt sich die Koalition?

WIEN. Hannes Androsch, einst SPÖ-Spitzenpolitiker und Kanzlerhoffnung, heute Leiter eines weltumspannenden Firmengeflechts, hat momentan wenig Freude mit der Partei, der er sich immer noch zugehörig fühlt. „Ohne Freihandel wird es nicht gehen“, schreibt er seinem neuen Parteichef Christian Kern ins Stammbuch. Gerade ein kleines Binnenland wie Österreich brauche den Zugang zu den Märkten, mahnt der Industrielle. Sonst drohe das Land abgeschottet zu werden, ähnlich wie in der Zwischenkriegszeit, als Not und Elend herrschten.

Auslöser für Androschs Zurechtweisung ist die kritische Haltung der SPÖ zum Freihandelsabkommen der EU und Kanada. Parteichef Kern ließ sich seine Linie nun auch über eine Online-Mitgliederbefragung bestätigen. Zwar haben nur rund 7,5 Prozent (14.387) aller SPÖ-Mitglieder sowie 9343 Nichtmitglieder teilgenommen. Doch das Ergebnis ist eindeutig: CETA wird massiv abgelehnt. Die Frage „Soll Österreich der vorläufigen Anwendung von CETA auf EU-Ebene zustimmen?“ haben 88 Prozent der an der Befragung teilnehmenden SPÖ-Mitglieder verneint. 92 Prozent sprachen sich dagegen aus, CETA in

Kraft zu setzen, „wenn darin die Möglichkeit von Schiedsverfahren gegen Staaten enthalten ist“. Dass „CETA in Kraft gesetzt wird, wenn dadurch europäische Qualitätsstandards gesenkt werden können“ lehnen sogar 98 Prozent der Mitglieder ab. Auch für die Beibehal-

tung der „hohen europäischen Qualitätsstandards in künftigen Freihandelsverträgen“ und die „Verpflichtung zur größtmöglichen Transparenz für künftige Verhandlungen zum Freihandel fanden sich satte Mehrheiten.

Kanzler Kern sieht das Ergebnis als Auftrag für Nachverhandlungen. In New York, wo er sich derzeit anlässlich der UNO-Vollversammlung befindet, traf er mit dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau zusammen, der Kerns skeptische Haltung aufweichen will.

In der Regierung spitzt sich indes der Konflikt um CETA zu. Denn die ÖVP hält CETA für ein „gutes und

## SN-THEMA Freihandel mit Kanada

fares Abkommen“. Das stehe auch

„international außer Streit“, sagte Parteichef Reinhold Mitterlehner am Dienstag. Er macht kein Hehl daraus, dass er die Umfrage der SPÖ für falsch hält. Es gehe um Arbeitsplätze, schließlich stehe die handelspolitische Reputation Österreichs auf dem Spiel.

Auch andere schwarze Regierungsmitglieder konnten sich Spitzen gegen die SPÖ nicht verkneifen: Für Finanzminister Hans Jörg Schelling handelt es sich bei der Mitgliederbefragung um „Non-Fragen“. Und Staatssekretär Harald Mahrer meinte, dass auch der Alpenverein eine CETA-Umfrage hätte machen können.

Wie es nun weitergeht? Mitterlehner setzt auf den Weg der deutschen SPD: Sie hatte am Montag grünes Licht für CETA gegeben – allerdings mit der Bedingung, CETA mit verbindlichen Zusatzprotokollen zu versehen. Das könnte auch eine Möglichkeit für eine gemeinsame Position der Bundesregierung sein, sagte Mitterlehner sinngemäß. Viel Zeit bleibt nicht mehr: Schon am kommenden Freitag stehen besagte Verhandlungen über Zusatzprotokolle bei einem Treffen der EU-Handelsminister in Bratisla-

va an. Am 27. Oktober soll das Abkommen in Brüssel unterzeichnet werden. „Alles ist im Fluss“, sagt die rote Europasprecherin im Nationalrat, Christine Muttonen. Für sie ist sogar vorstellbar, dass der Terminplan noch geändert wird. „Der 27. Oktober ist nicht in Stein gemeißelt“, sagt sie.

Die „vorläufige Anwendung“ von CETA – konkret von jenen Teilen des Abkommens, die in der Kompetenz der EU liegen – wird nach derzeitigem Plan schon am 18. Oktober fixiert. Da stimmen die EU-Länder im Rat für Allgemeine Angelegenheiten über den Pakt ab. Österreich wird dort durch Außenminister Sebastian Kurz vertreten sein. Der Beschluss wird mit einer qualifizierten Mehrheit gefasst, Österreich kann also überstimmt werden.

Vollständig in Kraft treten wird CETA erst, wenn auch alle nationalen Parlamente zugestimmt haben. Österreichs Stimme fällt spätestens dann ins Gewicht. pack, a. k., zim



Laufend Gespräche mit Kanadas Premier: Christian Kern und Justin Trudeau trafen diese Woche in New York aufeinander. BILD: SN/APA/BKA/ANDY WENZEL

## CETA Was ist noch drin?

Inhaltlich gibt es beim Freihandelsabkommen der EU mit Kanada keinen Spielraum mehr. Für die EU-Kommission steht außer Frage, dass der Vertrag nicht

mehr aufgemacht werden kann. Was noch möglich ist, sind ergänzende Erklärungen. Denkbar ist das in Form von Zusatzprotokollen oder Anhängen.

Die EU-Kommission sieht darin allerdings nur „formelle Klarstellungen“ von dem, was im CETA-Vertrag festgeschrieben ist. Laut EU-Handelskommissarin Cecilia

Malmström würde dieser Zusatz  
„unsere gemeinsame Sichtweise“

zur Erbringung von öffentlichen  
Dienstleistungen, Arbeitsrecht und  
Umweltschutz beinhalten“, wie sie  
nach einem Treffen mit der kanadi-  
schen Handelsministerin sagte.

**Solche Klarstellungen**, etwa zu Ar-  
beitnehmerrechten, hat der deut-  
sche SPD-Chef Gabriel seiner Partei  
zugesagt, um grünes Licht für CETA  
zu kriegen. Auch beim Schutz öf-  
fentlicher Dienstleistungen, den die  
SPÖ fordert, kann so nachgebessert  
werden. Nicht aber bei einem ande-  
ren ihrer zentralen Kritikpunkte:  
Die Schiedsgerichte sind im Vertrag  
verankert – und bleiben es, da er ja  
nicht mehr aufgemacht wird. **pack**

## Interview: Hannes Androsch „Brauchen Zugang zu den Märkten, keine Schrebergartenwirtschaft“

ANDREAS KOLLER

**SN: Was sagen Sie dazu,  
dass bei der SPÖ-Umfrage  
eine überwiegende Mehrheit  
gegen CETA zustandege-  
kommen ist?**

*Hannes Androsch:* Wieso? Es  
handelt sich doch um eine mas-  
sive Zustimmung!

**SN: Wie bitte?**

Wenn von 8,6 Millionen Einwoh-  
nern nur 200.000 (die SPÖ-Mit-  
glieder, Anm.) befragt werden,  
ist das schon einmal kein ernst-  
haftes Quorum. Und wenn von  
diesen 200.000 nur 14.000 gegen  
CETA sind, dann sind 186.000 da-  
für. Das ist eine qualifizierte

Mehrheit. Wenn sie Nein hätten sa-  
gen wollen, hätten sie sich ja ge-  
meldet.

**SN: SPÖ-Vorsitzender Kern  
wird das Ergebnis wohl ein  
wenig anders interpretieren:  
Annähernd 90 Prozent der  
Befragungsteilnehmer sagten  
Nein zu CETA.**

Als seinerzeit das Volksbegehren  
gegen das Wiener Konferenzen-  
trum stattfand, hat weit mehr als ei-

ne Million dagegen gestimmt. Doch  
die Mehrheit hat an dem Begehren  
nicht teilgenommen – also wurde  
gebaut. Oder, ein aktuelleres Bei-  
spiel: Das von mir initiierte Bil-  
dungsvolksbegehren hatte 382.000  
Unterschriften. Das Parlament hat  
sich darüber hinweggesetzt.

**SN: Fest steht: Der Bundeskanzler  
will nun Nachbesserungen  
bei CETA einfordern.**

Dieses Abkommen ist fix und fertig,  
das können wir nicht neu verhan-  
deln und nicht verhindern, und wir  
sollen das im eigenen Interesse  
auch gar nicht. Diese Abstimmung  
war eine reine Trockendock-Übung,  
daher haben sich ja so wenig daran  
beteiligt.

**SN: Umfragen deuten aber  
darauf hin, dass auch die meisten  
Österreicher zwar nicht genau  
wissen, was in CETA steht,  
aber dennoch dagegen sind.**

Man hat es eben versäumt, die  
Menschen zu informieren. Das führt  
zu Verunsicherung, und der Angst-  
macherei ist Tür und Tor geöffnet.



BILD: SN/PA

**„Kukuruz,  
Erdäpfel und  
Kraut sind  
zu wenig.“**

Hannes Androsch

**SN: Welche Konsequenzen  
hätte die Ablehnung von CETA  
für Österreich?**

Ohne Freihandel wird es nicht ge-  
hen. Es würde bedeuten, dass wir  
abgeschottet sind, ähnlich wie in  
der Zwischenkriegs- und Nach-  
kriegszeit. Damals herrschten Not,  
Armut und Hunger. Ein kleiner Bin-  
nenstaat wie Österreich braucht  
den Zugang zu den Märkten und  
braucht offene Grenzen. Und nicht

die Schrebergartenwirtschaft, mit  
der wir uns in früheren Zeiten  
mehr schlecht als recht über Wasser  
gehalten haben. Den Wohlstand,  
den wir heute haben, könnten wir  
uns dann nicht mehr leisten.

Österreich hat heute eine höhere  
Pkw-Dichte als die Schweiz und  
Deutschland. Derlei Wohlstands-  
indikatoren können wir uns dann  
abschminken. Mit Kukuruz, Erd-

äpfeln und Kraut werden wir in der modernen Wirtschaftswelt nicht bestehen.

**Hannes Androsch** war bis 1981 Finanzminister, Vizekanzler und stellvertretender SPÖ-Vorsitzender. Heute ist er Industrieller und Vorsitzender des Rates für Forschung und Technologieentwicklung.